

## **Pressekonferenz zum Thema:**

# **Ernsthafte Gewaltprävention statt schwarz-blauer Lippenbekenntnisse**

**Ihre Gesprächspartnerin ist:**

**Renate Heitz, Vorsitzende SPÖ Frauen Oberösterreich**

**Als Expertin zum Thema Gewaltschutz:**

**Grete Rackl, Geschäftsführerin Frauenhaus Linz**

**Dienstag, 13. Dezember 2022, 12:00 Uhr**

SPÖ-Landesgeschäftsstelle, Landstr. 36, 1. Stock, Zi. 100

## „Ernsthafte Gewaltprävention statt schwarz-blauer Lippenbekenntnisse“

SP-Frauen kritisieren das schwarz-blaue Landesbudget scharf. Renate Heitz fordert mehr Mittel für Opferschutzeinrichtungen und Frauenberatungsstellen. SPÖ Oberösterreich übersetzt Petition in finanzielle Unterstützung für Frauen im Linzer Frauenhaus. Michael Lindner verdoppelt Spende.

Gewalt an Frauen ist allgegenwärtig. Jede fünfte Frau – also 20 Prozent der Frauen – ist ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. 28-mal wurde in Österreich diese Gewalt allein im Jahr 2022 an die Spitze getrieben und endete in einem Femizid – der Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts und den damit einhergehenden Rollenbildern. Weitere 25 Frauen wurden bei einem Mordversuch schwer verletzt. Die meisten Femizid-Opfer kennen die Täter. Es sind Partner, Ex-Partner oder Familienmitglieder. Oft geht dem Mord eine lange Leidensgeschichte voraus. **„Diese Gewalt kann und muss verhindert werden“**, bekräftigt SP Landesfrauenvorsitzende Renate Heitz die Forderung der SPÖ Oberösterreich nach einer Anpassung des Frauen- und Gewaltschutzbudgets.

Die finanzielle Situation für Frauenberatungsstellen ist spätestens seit den massiven Budgetkürzungen von Landeshauptmann Stelzer im Jahr 2018 mehr als prekär. Aber auch die Budgets für Frauenhäuser wurden in den letzten Jahren kaum erhöht. Im Budget 2023 ist nun eine Erhöhung von 2,75 Prozent für Frauenhäuser vorgesehen.

### Frauenhäuser stoßen an Kapazitätsgrenzen

**„In den Frauenhäusern werden aktuell bereits alle Betten aktiviert. Wir kommen an unsere Belastungsgrenzen.“**, schildert Grete Rackl, Geschäftsführerin des Linzer Frauenhauses, die Situation. **„Wenn das so kommt, gibt es schon die Befürchtung, dass mit diesem Budgetansatz die aktuellen Kostensteigerungen nicht abgedeckt werden können. Die Erhöhungen brauchen wir aber nicht nur, um das aktuelle Niveau halten zu können, sondern auch um den dringend nötigen Ausbau der Angebote leisten zu können.“**

Im Jahr 2021 konnten österreichweit 291 Frauen in jenem Frauenhaus, an welches sie sich als erstes wandten und um Hilfe suchten, nicht aufgenommen werden. Grund dafür war in fast der Hälfte der Fälle Platzmangel im jeweiligen Frauenhaus. **„Eine Situation, die nicht akzeptabel ist“**, so Rackl.

Auch das Frauenhaus in Linz befindet sich seit Monaten an der Kapazitätsgrenze. In Linz liegt die Auslastung aktuell bei knapp über 90 Prozent. Im Herbst wurden bis zu 100 Prozent erreicht. **„Bei Kriseneinrichtungen spricht man bei 80 Prozent von Vollaustattung. Nur so können diese immer aufnahmebereit sein. Es müssen in den Zimmern auch etwa Reparaturen und Erneuerungen durchgeführt werden, was bei einer Auslastung von über 80 Prozent kaum mehr möglich ist“**, erklärt die Geschäftsführerin des Linzer Frauenhauses die Situation in der Praxis.

### Medienaufmerksamkeit zum Thema Gewalt an Frauen führt zu mehr Beratung

Besonders in den letzten Wochen gab es durch die Internationalen 16 Tage gegen Gewalt an Frauen viel Aufmerksamkeit für das Thema Gewaltprävention und den Schutz von betroffenen Frauen. Die SPÖ-Frauen unterstützten etwa eine Aktion des Bündnis 8. März, bei dem auf die 28 Femizide im Jahr 2022 aufmerksam gemacht wurde und haben für den Zeitraum ein sichtbares Zeichen gesetzt und die Information zur Frauenhelpline auf die Linzer Landstraße projiziert. Die SPÖ Oberösterreich zeigte in einer Videokampagne die Dramatik der Situation und Lösungsvorschläge auf ([www.spooe.at/gegen-gewalt](http://www.spooe.at/gegen-gewalt)). Aber auch generell lässt sich in den letzten Jahren ein positiver Trend bei der medialen Berichterstattung und damit dem Bewusstsein der Menschen beobachten.

„Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass über das Thema Gewalt an Frauen mehr gesprochen und mehr berichtet wird“, so Rackl. „Diese Sensibilisierung führt auch dazu, dass sich mehr Frauen dazu entscheiden, unsere Hilfe in Anspruch zu nehmen.“ Diese sehr positive Entwicklung verdeutlicht, wie wichtig eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen ist. Denn: „Keine Frau darf, wenn sie sich nach einem oft langen Leidensweg endlich Hilfe sucht, zurückgewiesen werden, weil kein Platz mehr frei ist“, so die Geschäftsführerin des Linzer Frauenhauses.

### ÖVP kommt Verantwortung nicht nach

SP-Landesfrauenvorsitzende Renate Heitz kritisiert die Untätigkeit der schwarz-blauen Regierungskoalition scharf: „Die ÖVP hat sich nach der Wahl 2021 90 Prozent des Budgets einverleibt – damit gehen aber nun auch 90 Prozent der Verantwortung einher. Wie jetzt die Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser ausgehungert werden, ist dieser Verantwortung unwürdig.“

Ein konkretes Beispiel aus Rohrbach verdeutlicht die Dringlichkeit einer ausreichenden Finanzierung: Die Leiterin der Frauenberatungsstelle musste jedes Jahr eine gewisse Zeit in der Arbeitslosigkeit erbringen, weil eine ganzjährige Finanzierung ihres Gehaltes nicht möglich war. „Wie sollen diese Verhältnisse mit dem aktuellen Budget verbessert werden?“, fragt Heitz. „Sollen die Beratungsstellen künftig ein halbes Jahr zusperren und darauf hoffen, dass es in dieser Zeit keine Gewalt an Frauen gibt?“

Die SPÖ Frauen Oberösterreich fordern ein sofortiges Ende dieser unwürdigen Behandlung so wichtiger Institutionen. Um die Situation nachhaltig zu verbessern, braucht es den 5-Punkte Plan für Frauen in Oberösterreich:

### 4-Punkte-Plan für Frauen in Oberösterreich

- Ein Frauenhaus für das Untere Mühlviertel

„LH-Stv.in Haberlander drückt sich hier schon viel zu lange vor ihrer Verantwortung als zuständige Landesrätin. Der Bau des Frauenhauses muss endlich umgesetzt werden“, hält Heitz die Dringlichkeit eines flächendeckenden Netzwerks an Frauenhäusern fest, denn „Frauen aus dem Mühlviertel können oftmals nicht die lange Wegstrecke bis zum Beispiel nach Linz auf sich nehmen.“ Die schnelle und unkomplizierte Erreichbarkeit ist besonders für Kriseneinrichtungen unerlässlich.

- **Schnellstmögliche Umsetzung des Frauenhauses für das Untere Mühlviertel**

- Mehr Mittel für Frauenhäuser

Eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser in Oberösterreich ist die Basis für die unverzichtbare Arbeit, die diese Institutionen tagtäglich leisten. Das Budget 2023 zeigt aber, dass diese Tatsache von ÖVP/FPÖ nicht anerkannt wird: „Die Erhöhung des Budgets um läppische 2,75 Prozent ist ein Schlag ins Gesicht für alle Frauen, die von Gewalt bedroht und betroffen sind und auch für die vielen Mitarbeiter:innen der Einrichtungen“, so Heitz.

- **Erhöhung des Budgets der Frauenhäuser um 700.000 Euro**

- **Mehr Mittel für Frauenberatungsstellen**

Für Frauenberatungsstellen gab es seit 2012 keine Erhöhungen mehr – und das nach einer generellen Kürzung davor. Frauenberatungsstellen leisten aber einen wesentlichen Beitrag zur Gleichstellung von Männern und Frauen, weil sie Frauen sowohl bei wirtschaftlichen und sozialen als auch bei Fragestellungen rund um das Thema Gewalt an Frauen unterstützen und beraten.

Die Voranschlagsstelle, aus der die Frauenberatungsstellen maßgeblich finanziert werden, wird nur um 1.000 Euro erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 0,1 Prozent zum Vorjahr. „**Diese ‚Erhöhung‘ kann man nur als schlechten Scherz verstehen**“, so Heitz. „**Mit 0,1 Prozent liegt diese weit unter der Inflationsrate, was in Folge bedeutet, dass die Mittel für Frauen hier massiv gekürzt werden.**“

- **Erhöhung des Budgets der Frauenberatungsstellen um 300.000 Euro**

- **Ausbau der Übergangswohnungen**

Übergangswohnungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung von Frauen. Gerade die massive Auslastung der Frauenhäuser zeigt, wie wichtig diese Angebote sind. Sie geben Frauen die Möglichkeit, aus belastenden Situationen dauerhaft auszubrechen. Die Entscheidung, in eine Übergangswohnung zu ziehen, bietet den betroffenen Frauen die Möglichkeit, durch räumlichen Abstand Konfliktsituationen rasch deeskalieren zu lassen. Gleichzeitig können sie so sich und ihre Kinder vor akuter Gefahr schützen. Ungleiche Machtverhältnisse und Abhängigkeiten bilden die Basis auf der Gewalt entstehen kann. Wohnversorgung und ein eigenes Einkommen sind daher absolut notwendig für ein gewaltfreies Leben und sind meist einer der größten Hindernisse für Unabhängigkeit. „**Übergangswohnungen unterstützen betroffene Frauen auf dem Weg in ein eigenverantwortliches, selbstbestimmtes, existenzgesichertes, stabiles und gewaltfreies Leben**“, betont Heitz die Wichtigkeit dieser Einrichtungen.

- **Erweiterung der Übergangswohnungen laut Istanbul-Konvention**

## **SPÖ Oberösterreich hilft mit Spende Frauen im Linzer Frauenhaus, SP-Lindner verdoppelt Spende**

Als Zeichen der Solidarität hat sich die SPÖ Oberösterreich daher dazu entschlossen, selbst aktiv zu werden. Die seit 25. November laufende Petition zu den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen, die im Rahmen der Videokampagne der Landespartei aufgesetzt wurde, wird in eine finanzielle Unterstützung übersetzt. Für jede Unterschrift der Petition spendet die Landesorganisation einen Euro für die Bewohnerinnen des Frauenhaus Linz.

SP-Landesgeschäftsführer Florian Koppler überreicht die Spende und hält fest: „**Es ist ein kleiner Beitrag, den wir hier leisten. Nichtsdestotrotz wollen wir den Stimmen derer, die sich für ein gewaltfreies Leben von Frauen einsetzen, durch diese Aktion mehr Gewicht verleihen.**“

Insgesamt kamen knapp 500 Unterschriften bei der Aktion zusammen, was einer Spende von 500 Euro entspräche. Zusätzlich hat sich SP-Landesparteivorsitzender Landesrat Michael Lindner dazu entschlossen, diese Spende persönlich zu verdoppeln. Somit können die Frauen im Frauenhaus Linz mit einer Spende in Höhe von 1.000 Euro unterstützt werden. „**Unser Ziel bleibt aber eine angemessene Finanzierung von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern. Dafür setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft ein**“, so Koppler abschließend.

### **Rückfragehinweis:**

Theresa Schobesberger, +43 664 884 553 49